

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
(11. - öffentliche - Sitzung am 26. September 2018)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1269](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2018 - 2022**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/1480](#)

Der Unterausschuss behandelte den **Einzelplan 02** - Staatskanzlei - unter Einbeziehung der MiPla 2018 - 2022. Er nahm die **Einbringung** entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch.

2. **Keine Förderung von Übergangstechnologien - Für eine digitale Radiozukunft**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1389](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Entschließungsantrages und besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten und eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, die Anzuhörenden bis zum 4. Oktober zu benennen.

3. **Für mehr Aufklärung im Umgang mit sozialen Medien**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1391](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Entschließungsantrages und besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine Unterrichtung über die bereits bestehenden Mittel zur medienpädagogischen Aufklärung zu bitten.